

**Artikel für die Veröffentlichung „Rechtsextremismus und Rassismus als Themen in der Internationalen Jugendarbeit“ im Rahmen von „Innovationsforum Jugend global – Qualifizierung und Weiterentwicklung der Internationalen Jugendarbeit“ (Herausgeber: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.)**

**Rechtsextremismus und Rassismus als Themen in der Internationalen Jugendarbeit – Begriffe, Konzepte und Ansatzpunkte**

*von Ansgar Drücker*

Der folgende Artikel beruht auf einem Vortrag auf der IJAB-Fachtagung „Rechtsextremismus und Rassismus als Themen in der Internationalen Jugendarbeit“ am 24. und 25. September 2014 in Frankfurt/Main. Er wurde für die schriftliche Veröffentlichung zwar leicht überarbeitet, folgt aber im Wesentlichen dem Vortrag auf der Veranstaltung. Er verfolgt bewusst nicht das Ziel exakter wissenschaftlicher Definitionen, sondern diente auf der Tagung als „Aufreißer“ für die Thematik, um eine erste Orientierung im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus für die weiteren Diskussionen zu ermöglichen. Diesem Charakter folgt auch der folgende Text.

Der Autor ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. (IDA) und hatte das Thema der Tagung 2013 in das Innovationsforum Jugend global eingebracht. IDA versteht sich als das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität und hat bereits in verschiedenen Projektzusammenhängen mit IJAB zusammengearbeitet.

Dieser Artikel steht vor dem Spagat, sich nicht zu lange an Definitionen und Begriffsdiskussionen aufzuhalten, da diese im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus umstritten sind und dies dann schnell in politische und ideologische Diskussionen mündet statt in Fragen der praktischen Anwendung. Der Vortrag auf der Tagung verfolgte daher wie dieser Text lediglich das Ziel relevante Begriffe in die Diskussion einzuführen. Eines gleich vorab: Wir können nicht davon ausgehen, dass diese Begriffe in der Kommunikation mit unseren ausländischen Partnern Bestand haben oder in jeder Sprache in einer direkten Übersetzung „funktionieren“ werden.

Durch die Diskussion über die Demokratie-Erklärung oder Extremismusklausel des Bundesjugendministeriums im Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken in der vergangenen Legislaturperiode ist der Begriff Rechtsextremismus von vielen noch einmal genauer unter die Lupe genommen worden. In der Tat legt der Terminus Rechtsextremismus nahe, dass es sich um ein Phänomen nur am Rande der Gesellschaft handelt – und das ist irreführend. Insbesondere die insgesamt zehn jährlichen Studien unter dem Titel Deutsche Zustände von Professor Heitmeyer an der Universität Bielefeld und die sogenannten Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen seit Jahren auf, dass rechtsextreme und auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhende Überzeugungen auch in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. Ich verwende den Begriff Rechtsextremismus insofern als den üblichen Fachbegriff, ohne damit die Extremismustheorie anzuerkennen, nach der das gesellschaftliche und politische (und dann ggf. auch das pädagogische) Problem nur am rechten und dann im Umkehrschluss ggf. auch am linken Rand liegt.

Auch bei der Ausschreibung zur Fachtagung wurde der Begriff Rechtsextremismus verwendet, um mit der Einladung möglichst vielen Interessierten eine Vorstellung davon zu vermitteln, worum es gehen soll. Dennoch glaube ich, dass es an vielen Stellen sinnvoll sein kann, präzisere Formulierungen oder eine konkrete Beschreibung von Themen, Erfahrungen und Vorfällen zu verwenden, statt strittige Oberbegriffe zu verwenden.

In einer Abstufung zum Rechtsextremismus wird häufig der Begriff Rechtspopulismus gebraucht, der politisch extrem rechte Einstellungen beschreibt, die aber nicht notwendigerweise mit Gewaltanwendung oder einer vollständigen Umwälzung der herrschenden Gesellschafts- und politischen Ordnung verbunden sind.

Ein weiterer schwieriger und durchaus umstrittener Begriff ist „Rassismus“. „Racism“ ist in der EU wesentlich gebräuchlicher als „Rassismus“ in Deutschland. Dies hängt mit der wohlbegründeten Zurückhaltung zusammen, nach der Zeit des Nationalsozialismus mit seiner Rassenideologie und seinen Rassegesetzen das Wort „Rasse“ und daraus abgeleitete Begriffe überhaupt noch zu verwenden. Zunächst sollten wir uns zur Klarstellung die biologisch-anthropologischen Selbstverständlichkeiten vergegenwärtigen: Es gibt nur eine menschliche Rasse, es gibt keine nach Hautfarben unterscheidbaren Rassen, Schwarze Menschen haben untereinander oft größere Abweichungen „in den Genen“ als sie zwischen weißen und schwarzen Menschen bestehen. Und dass Hautfarbe ohnehin ein Kontinuum ist, zeigt schon die Alltagswahrnehmung. Der Begriff „Rasse“ ist also eigentlich im Deutschen kaum noch verwendbar, obwohl Juristen und offizielle Stellen nicht davon lassen können und wollen, ihn auch immer wieder in Gesetzestexten zu verwenden. Dies liegt natürlich angesichts vieler internationaler Texte und Konventionen, die inzwischen auf unser Rechtssystem einwirken, auch an der noch häufigeren Verwendung des Begriffs „race“ in englischsprachigen Texten. Ich persönlich halte den Begriff in Deutschland für so belastet, dass ich ihn selbst in Anführungsstrichen noch grenzwertig finde. IDA unterstützt die Initiativen zur Abschaffung des Wortes im Kontext der Unterscheidung von Menschen auch in juristischen Texten – etwa durch das Deutsche Institut für Menschenrechte. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es trotz entsprechender Bemühungen im englischsprachigen Raum dort einen stärker verbreiteten und weniger hinterfragten Gebrauch des Wortes „race“ gibt, etwa bei den regelmäßig in bester anti-diskriminierender Absicht angestellten Vergleichen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der USA in Bezug auf welche Benachteiligung oder Privilegierung auch immer. Im englischen Sprachraum kann „race“ also ein Begriff sein, der statistisch erhoben wird, in den USA und Großbritannien auch für positive Zwecke der Anti-Diskriminierungspolitik oder sozialwissenschaftliche Untersuchungen aus einer Antidiskriminierungsperspektive. Diese vermeintliche Unschuld hat er im Deutschen nicht. Und übrigens würden Sinti und Roma in Deutschland nie wieder zulassen wollen, als solche gezählt zu werden, weil sie immer eine Chance für eine missbräuchliche Verwendung oder Benachteiligung sehen würden – und die Geschichte ihnen darin leider Recht gibt.

Wenn ich dennoch für die Verwendung des Begriffs Rassismus plädiere, mag dies auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Der Begriff behauptet aber nicht die Existenz von Rassen, sondern verweist darauf, dass die dem Rassismus zugrunde liegenden Denkstrukturen und Werturteile davon ausgehen, dass sich Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft von vornherein grundsätzlich unterscheiden, also die Existenz von Rassen behauptet oder angenommen wird. Nachdem diese

Auffassung in den letzten Jahrzehnten immer brüchiger geworden ist, hat das Konzept Rassismus gewissermaßen eine Modernisierung erfahren, und zwar in Form eines kulturellen Rassismus, der zum Teil zusätzlich religiös aufgeladen wird. Rassismus zeigt sich also in der Konstruktion und Annahme von unabänderlichen Eigenschaften, die quasi automatisch mit der Herkunft eines Menschen verknüpft sind. Wir erleben Vergleichbares derzeit in der Diskussion über Einwander\_innen aus Südosteuropa unter der Überschrift bzw. Zuschreibung „Roma“ oder „Armutszuwanderung“ bzw. „Sozialtourismus“.

Warum aber verwenden wir (nicht nur) bei IDA den Begriff Rassismus – und warum nicht Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit? Der Begriff Ausländerfeindlichkeit macht neu eingebürgerte Deutsche, hier geborene Menschen mit familiärem Migrationshintergrund und beispielsweise Schwarze Deutsche (wieder) zu Ausländer\_innen. Er hält also an Denkmustern fest, die bis zur Jahrtausendwende das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht prägten: dass man nämlich deutsch ist, wenn man von Deutschen abstammt; dass man nicht deutsch ist, wenn man vielleicht in Deutschland geboren ist, aber keine deutschen Eltern hat; dass man eigentlich nicht Deutscher werden, sondern nur Deutscher sein kann – und das auch eigentlich nur mit weißer Hautfarbe. Aus gutem Grund wurde der Begriff Ausländerfeindlichkeit also durch den Begriff Fremdenfeindlichkeit abgelöst, der bis heute Verwendung findet. Auch er macht aber Menschen, die hier geboren sind, mitten unter uns leben – und schon dieses „uns“ ist ausgesprochen problematisch, denn auch ich schreibe hier natürlich als Weißer Deutscher –, die vielleicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, sprachlich immer wieder zu Fremden.

Abschließend für diesen Bereich möchte ich einen Hinweis platzieren, der über Sprache hinausgeht. Bei aller Abgrenzung und nationalstaatlichen Perspektive der Rechtsextremen und -populisten sind sie längst europaweit vernetzt. Wenn das Wahlplakat der Schweizerischen Volkspartei mit dem schwarzen Schaf, dass aus dem Land gestoßen, also in der Schweizer Variante ausgeschafft werden soll, plötzlich in fast identischer Aufmachung als NPD-Wahlplakat zweitverwertet wird, wenn sich die Identitären als europaweite Jugendbewegung mit französischem Ursprung gerieren, wenn es internationale Kongresse der Rechtspopulisten gibt, dann mag das zwar keine Internationale Jugendarbeit im engeren Sinne sein, aber sicherlich eine wirkungsvolle und zunehmende europäische Vernetzung, verstärkt etwa durch Kontakte im Europäischen Parlament, den Austausch von Rednern und Referenten, in diesem Fall auch nicht mehr nur männlich, aber auch durch eine Modernisierung in Form, Farbe und Fitness: Zunehmend treten werbe- und öffentlichkeitswirksame Frauen und smarte Herren neben die Glatzen und Springerstiefel – und das wirkt.

Beim auch in diesem Kontext und auch auf internationaler Ebene verwendeten Begriff Xenophobie geht es sprachlich um eine krankhafte Angst vor Fremden. Ähnlich verhält es sich bei den Begriffen Homophobie, der für die Abneigung und Feindschaft gegenüber Schwulen und Lesben sowie Bisexuellen verwendet wird, und Transphobie, der für die Abneigung und Feindschaft gegenüber Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen verwendet wird; beide werden übrigens auch als neue Themenfelder ausdrücklich im neuen Bundesprogramm „Demokratie leben!“ der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus benannt. Nun geht es aber weder bei Xenophobie noch bei Homo- oder Transphobie um eine Angststörung, die im medizinischen Sinne behandelbar wäre. Der Ausflug in den Bereich der psychischen Gesundheit ist eher irreführend. Gerade in Deutschland ist die Vermischung von Normalitätsbegrif-

fen und Abweichungen von der Normalität mit gesundheitlichen Diagnosen hochsensibel, wenn wir beispielsweise an die Vermessung von Juden sowie von Sinti und Roma, an medizinische Menschenversuche und andere Verbrechen von Staats wegen im Nationalsozialismus denken. Auch diese Begriffe verwenden wir bei IDA allenfalls als etablierte Fachbegriffe angesichts fehlender und ungebräuchlicher besserer Bezeichnungen, sind uns aber wiederum ihres defizitären Charakters bewusst.

Wir arbeiten derzeit bei IDA an einem Reader zum Thema Antiziganismus – also zur Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma. Im Englischen wie auch bei der EU ist im Allgemeinen von „Roma“ als Oberbegriff die Rede – die im Deutschen sinnvolle Formulierung „Sinti und Roma“ entfällt auf internationaler Ebene meist, was ggf. bei Rückübersetzungen ins Deutsche zu beachten ist, damit sich auch die deutschen Sinti mitgemeint fühlen.

### **Sprechen im Themenfeld Rassismus – korrekte Sprache**

Ich möchte zunächst eine Grundhaltung benennen, die wir bei IDA im Bereich der Rassismuskritik versuchen einzunehmen: Es gibt kein richtiges Sprechen in einer auch durch Rassismus geprägten Alltagswelt. Unsere Begriffe werden immer unvollkommen sein, sie transportieren oft Bilder, die wir nicht beabsichtigen. Und einige der Worte sind hoffentlich tabu, selbst wenn wir sie in guter Absicht verwenden würden. Ich möchte die Kinderbuch-Diskussion des vergangenen Jahres in Erinnerung rufen, weil man an ihr vieles zum Thema verantwortungsvoller oder nicht diskriminierender Sprachgebrauch ablesen kann – eine Kompetenz, die sicherlich auch von Leiter\_innen oder Teamer\_innen auf einer Internationalen Jugendbegegnung erwartet wird.

Ein wichtiger Auslöser für die aktuelle Debatte um korrekte Sprache war die Diskussion über rassistische Begriffe in Kinderbüchern, ausgelöst Anfang 2013 durch Mekonnen Meshgena, Journalist und Referent bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, und seine Tochter Timnit. Er wollte seiner Tochter nicht mehr aus dem von ihr geliebten Kinderbuch „Die kleine Hexe“ von Otfried Preußler vorlesen, da dort das Wort „Negerlein“ auftaucht. Mekonnen Meshgena ist schwarz und stammt gebürtig aus Eritrea. Er erzählt: „Aber dann hat sie gesagt: Wenn das so ist, dann sag den Buchmachern, dass sie das ändern müssen.“ Daraus entstand ihr bekannt gewordener Brief an den Thienemann Verlag, der schließlich relativ kurzfristig bekannt gab, in der Neuauflage in Abstimmung mit dem Autor eine Überarbeitung vorzunehmen. Für viele überraschend hatte auch der betagte und inzwischen verstorbene Autor der Veränderung kolonial-rassistischer Wörter zugestimmt, da sie nicht mehr zeitgemäß seien. Trotz der Zustimmung des Autors und des Verlages – wo war also eigentlich noch ein Problem? – entstand eine intensive Debatte über angebliche Zensur, in der die verwendeten Begriffe in ihrer Wirkung verharmlost wurden. Die Veränderung von Kulturgütern wurde in den Feuilletons beklagt. Spätestens als rassistische Sprache bei Pippi Langstrumpf kritisiert wurde, fühlten sich anscheinend nicht wenige erwachsene Menschen gleich fast um ihre ganze Kindheit gebracht, statt auch hier die Chance zum Dazulernen zu nutzen. Dabei ging und geht es doch nur um behutsame Anpassungen der Sprache an sich verändernde gesellschaftliche Realitäten. Durch eine Veränderung unserer Gesellschaft hin zu einer Einwanderungsgesellschaft, durch die Veränderung gesellschaftlicher Normen und durch sprachlichen Wandel kann sich die Bedeutung eines Wortes verändern und mit der Zeit zu einem nicht beabsichtigten rassistischen Wortgehalt führen. Doch gleich war wieder von Sprach-

polizei die Rede und es fiel schwer, den problematischen Umgang mit rassistischen Wörtern in der Debatte zu platzieren – das eigentliche Thema.

Es ging viel stärker um den Kampf um Deutungshoheit und Definitionsmacht als um das Bemühen um einen sensiblen Umgang mit rassistischer und ausgrenzender Sprache, der Rücksicht auf Minderheiten in Deutschland nimmt. Sprache ist immer auch eine Willensäußerung, durch seinen Sprachgebrauch positioniert man sich selbst und bezieht auch Stellung dazu, zu wem man spricht und an wen man sich nicht ausdrücklich richtet.

Hinter der Debatte steckte aber mehr, nämlich die Frage, wer Teil dieser Gesellschaft ist und ein Mitspracherecht über den Sprachgebrauch beanspruchen darf – und wer nicht. Einfacher ausgedrückt: Wer gehört zum „Wir“ dazu? Und damit kommen wir auch am Thema Rassismus nicht mehr vorbei, auf das ich jetzt noch einmal zurückkommen möchte.

### **Die „Rassismus-Keule“**

In Deutschland ist „Rassismus“ ein harter Vorwurf. Er wird von vielen sofort mit dem Nationalsozialismus verknüpft bzw. mit der Wahrnehmung, man werde als Nazi beschimpft. Mit der Kennzeichnung als rassistisch diskreditiert man also (vermeintlich) seine Gesprächspartner\_innen – und zwar sowohl in den erwähnten Kreisen des Feuilletons, in dem die Kinderbuchdebatte lief, als auch in der Politik und wohl auch in der Kinder- und Jugendarbeit. Das macht die leichtfertige Verwendung des Begriffes schwer und manchmal sogar unangemessen, wenn man gar nicht vorhat, den Gesprächspartner zu beschimpfen, zu beleidigen, zurechtzuweisen, sondern ihn zunächst darauf hinweisen möchte, dass seiner Argumentation oder seinem Spruch ein rassistisches Motiv zugrunde liegen könnte, also beispielsweise die unhinterfragte Zuordnung eines Menschen zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, die gedankliche Verknüpfung seiner Herkunft mit bestimmten vermeintlich typischen Eigenschaften oder auch nur die unwillkürliche, aber eben nicht zufällige Assoziation von Gruppenbezeichnungen mit bestimmten Begriffen, auch bei uns selbst. Was geht uns unwillkürlich durch den Kopf, wenn wir das Wort „Zigeuner“ hören? Woran denken wir, wenn jemand „Türkenjungs“ sagt – wir haben alle Bilder dazu in unseren Köpfen, auch wenn uns längst bewusst ist, dass sie schief oder falsch sind.

Vielleicht erschrecken wir uns manchmal selbst über unsere intuitiven gedanklichen Verknüpfungen, vielleicht sind sie uns an einigen Stellen gar nicht bewusst. Zumindest sollten wir sie für möglich halten und uns nicht einfach als vorurteilslose und von Rassismus freie Menschen begreifen – dann gehen wir auch differenzierter mit dem Rassismus-Vorwurf gegenüber anderen um.

Nicht jeder vermeintlich coole Spruch eines Jugendlichen, der welche Vorurteile auch immer transportiert, macht ihn zu einem Rassisten, aber ihn in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, dass seinem Spruch rassistische Annahmen zugrunde liegen – das könnte schon Teil unseres pädagogischen Auftrags sein.

Wenn wir aber selbst den Rassismus-Vorwurf nur als Phrase benutzen, ohne ihn zu füllen und den konkreten Vorwurf gegenüber jungen Menschen auch konkret inhaltlich zu begründen, dann tragen wir möglicherweise sogar dazu bei, dass Jugendliche

den Rassismus-Vorwurf kommunikativ noch leichtfertiger benutzen. Und ich befürchte, das würde uns in der Auseinandersetzung mit Rassismus nicht weiterbringen.

In der politischen Auseinandersetzung wird der Vorwurf des Rassismus häufig als Totschlagargument eingesetzt – im Sinne von: Mit dieser Position brauchen wir uns inhaltlich gar nicht mehr auseinanderzusetzen, die ist ja ohnehin rassistisch. Im Kontakt mit Jugendlichen wird diese Form der Zurückweisung – ob mit oder ohne Empörung vorgetragen – nicht funktionieren. Hier werden wir oft weiter kommen, wenn wir das Wort Rassismus weglassen, aber dennoch klar zum Ausdruck bringen, was unserer Ansicht nach nicht passt oder nicht geht. Mal durch Fragen, mal durch Irritationen, mal aber auch durch klaren Widerspruch.

Und klar ist – das nur der Vollständigkeit halber –, dass wir einschreiten müssen, wenn Beleidigungen, Verletzungen, Diskriminierungen oder auch die Verwendung verbotener Kennzeichen oder Ausdrücke so eindeutig sind, dass wir schon aus dem Schutzauftrag gegenüber anderen uns anvertrauten jungen Menschen oder aufgrund von Gesetzesverstößen einschreiten müssen.

Ich plädiere also keinesfalls für mehr Toleranz gegenüber Rassismus, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen, sondern für eine angemessene kommunikative Thematisierung und Bearbeitung, die nicht gleich als erste mit dem Totschlagargument Rassismus daherkommt.

Und damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin der Überzeugung, dass es Stellen gibt, wo der Begriff Rassismus sehr wohl notwendig ist: Im Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses finden sich zahlreiche Beispiele für institutionellen Rassismus bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und bei Strafverfolgungsbehörden. Dennoch verwendet der Bericht diesen Begriff nicht aktiv, da er nicht konsensfähig war. Es werden Mechanismen des institutionellen Rassismus für so gut wie alle Sicherheitsbehörden im Landes beschrieben, aber das Wort Rassismus erschien dann doch zu hart.

Ähnliches erlebe ich bei Vorträgen oder Workshops, bei denen es um Alltagsrassismus geht. Alltagserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, das geht oft noch. Ob sie typisch sind oder nicht und ob sie im Einzelfall Diskriminierung bedeuten, darüber kann man schon streiten, weil es natürlich immer auch um Wahrnehmungen und subjektive Anteile geht. Dass Rassismus aber nicht nur in einzelnen Alltagssituationen vorkommt, sondern es auch einen breit in der Gesellschaft verankerten alltäglichen Rassismus im Sinne von Konstruktionen über die zu Anderen Gemachten gibt, das wird häufig bestritten und bestätigt sich aber gleich in der nächsten Äußerung der Sprechenden schon wieder – und da wird es dann schwierig.

### **Sprechen über andere**

Hinter fast allem, was ich angesprochen habe – in der Politik wie in der konkreten pädagogischen Situation – steht das Sprechen über andere Menschen, also eine Situation, von der klar ist, dass sie eine sensible ist und an die wir eigentlich immer den Anspruch haben sollten, dass Menschen, um die es geht, sie mithören können und dürfen müssten. Denn oft wissen wir nicht, ob Jüdinnen oder Juden, Lesben oder Schwule im Raum sind, oft wissen wir nicht, welche gesundheitlichen Beeinträch-

tigungen oder persönlichen Diskriminierungserfahrungen uns anvertraute junge Menschen mitbringen. Oft outen sich Sinti und Roma nicht als solche – aus gutem Grund übrigens. In viel mehr Situationen als wir es oft wahrnehmen, sind die Menschen, die explizit oder implizit beschimpft oder diskriminiert werden, über die wie über abwesende Dritte geredet wird, mitten unter uns und brauchen ggf. unseren Schutz, sind darauf angewiesen, dass wir in unserer pädagogischen Rolle mitdenken, dass sie dabei sind oder jedenfalls dabei sein können, dass sie genauso Teil unserer gesellschaftlichen Normalität, unserer Diskurse und vor allem auch unserer Zielgruppe in der Kinder- und Jugendarbeit sind. Und wir sind aufgerufen, sehr sensibel mit der Situation umzugehen, sie vor Diskriminierung und Verletzungen zu schützen, ohne sie auch in derartigen Situationen immer wieder zu „den Anderen“ zu machen. Denn sie verdienen es als Menschen geschützt zu werden vor Grenzüberschreitungen, nicht (nur) als Angehörige einer bestimmten Gruppe.

Das mag jetzt für den einen zu idealistisch, für die andere zu ethisch-moralisch und für den nächsten zu gutmenschenhaft, für eine andere zu ideologisch klingen. Ich glaube wir alle würden an dem Anspruch scheitern, in jedem Moment jedes mögliche Missverständnis unseres Sprechens und Agierens vorzudenken. Ich glaube eher, dass es um die Vergewisserung über eine gemeinsame Zielsetzung, über die Ausrichtung unserer Internationalen Jugendarbeit geht. Also um gemeinsam gefasste Grundsätze wie „Wir wollen auf unserer internationalen Jugendbegegnung niemanden diskriminieren.“ oder „Wir wollen eine offene Atmosphäre für alle teilnehmenden jungen Menschen schaffen.“ oder „Bei uns sollen insbesondere benachteiligte junge Menschen Schutz vor (weiteren) Diskriminierungserfahrungen und Verletzungen finden.“

Und gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir auf keiner internationalen Jugendbegegnung eine komplette Gegenwelt zur „realen Welt da draußen“ erschaffen werden – das kann auch gar nicht das Ziel sein. Aber ein Raum mit möglichst wenig Rassismus oder möglichst wenig Diskriminierung, das könnte durchaus ein gemeinsames Ziel sein, das meines Erachtens auch ganz gut zum Format „Internationale Jugendbegegnung“ passt.

Oft wird Toleranz und Meinungsfreiheit insofern falsch verstanden, als sie auch Raum bieten für menschenfeindliche Äußerungen. Daher erscheint es mir an dieser Stelle noch einmal sinnvoll, deutlich zu machen, dass es – insbesondere bei Formaten der Jugendarbeit – auch einen Schutzauftrag für die Verantwortlichen in Bezug auf die Vermeidung von Verletzungen, Beleidigungen und Übergriffen gibt. Das fängt beim Sprachgebrauch an und endet beim Schutz vor Gewalt. Dennoch kann es natürlich auch auf Internationalen Jugendbegegnungen zu rechtsextremen Äußerungen kommen.

Beim Austausch über Ländergrenzen hinweg wird jedoch sichtbar, dass eine Abgrenzung von Rechtsextremismus sehr unterschiedlich vonstatten gehen kann und die Grenze, ab der eingegriffen wird, sehr unterschiedlich verlaufen kann. Ebenso wie beispielsweise in Dänemark oder in den USA Scientology als „normale“ Religionsgemeinschaft gilt, während Träger Internationaler Jugendarbeit in Deutschland als Mittelempfänger häufig sogar aktiv dafür Sorge tragen müssen, dass Scientology-Strukturen nicht unterstützt werden, gelten rechtsextreme Positionen beispielsweise in Dänemark oder den USA häufig als „normale“ politische Meinungsäußerung. Das erklärt manches Problem, rechte Seiten bei Facebook löschen zu lassen und das erklärt vielleicht auch manches Unverständnis unserer Begegnungspartner darüber,

dass in Deutschland neben Hakenkreuzen beispielsweise auch die Leugnung des Holocausts verboten ist. Für manche unserer Begegnungspartner mag es wie ein Tabu erscheinen, dass Gegenreaktionen erst heraufbeschwört – in Deutschland steht aber die Schutzfunktion dieser Regelungen im Vordergrund.

Ähnlich verhält es sich mit der größeren Normalität von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in vielen europäischen Ländern. Während es in Deutschland selbstverständlich ist, dass die NPD beispielsweise von öffentlich-rechtlichen Medien nur dort eingeladen wird, wo es sich gar nicht vermeiden lässt, und es um die AfD und ihre Repräsentation in den Medien aktuell immer wieder interessante Debatten gibt, ist die Situationen in vielen Begegnungsländern längst eine andere. Der erste europaweit diskutierte Tabubruch ereignete sich bei der Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition in Wien im Jahr 2000. Hier hat die EU ihre ablehnende, zum Teil boykottierende Haltung – gestützt von allen damals 14 weiteren Mitgliedsstaaten – letztendlich nicht durchsetzen können. Dem EU-Vertrag folgend können eigentlich auch alle EU-Staaten nur gute und demokratische und die Menschenrechte achtende Regierungen haben, so definiert sich die EU quasi selbst. Seitdem kam es allerdings zu einigen weiteren „Sündenfällen“ im Sinne einer rechtspopulistischen Regierungsbeteiligung oder einer Minderheitsregierung mit rechtspopulistischer Duldung in den Niederlanden, in Dänemark und aktuell vor allem in Ungarn, außerhalb der EU etwa in Norwegen und der Schweiz, sowie zu hohen Wahlergebnissen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien ohne Regierungsbeteiligung etwa in Belgien und Frankreich sowie mehreren osteuropäischen Staaten.

In diesem Kontext gibt es manchmal ein schnell besserwisserisch wirkendes arrogantes und problematisches deutsches Bewusstsein im Sinne von „Wir sind weiter, weil wir uns so intensiv mit unserer Vergangenheit auseinandergesetzt haben.“ Zum einen haben uns die Europawahl und letzten drei Landtagswahlen da eines Besseren belehrt, zum anderen sagt der aktuelle Stand und die Attraktivität rechtsextremistischer Parteien mindestens so viel über ihre Performance wie über mögliche Abwehrkräfte der jeweiligen Gesellschaften aus. Oder anders ausgedrückt: Wir hatten Glück, dass es bisher viel Chaos in der NPD gab, dass andere Bewegungen und Parteien den Durchbruch nicht geschafft haben. Eine grundsätzliche Immunität der deutschen Gesellschaft vor erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien vermag ich nicht zu erkennen, wenn auch vielleicht einige Dinge in Deutschland weniger sagbar sind als in Ländern, die keine direkte Verantwortung für den Nationalsozialismus tragen.

### **Keine Kulturalisierung in der Internationalen Jugendarbeit**

Gerade weil bei einer Internationalen Jugendbegegnung eine Wahrnehmung in zwei Gruppen, wenn nicht in zwei Polen, durch das Format einer deutsch-x-ischen Jugendbegegnung quasi angelegt ist, sollten wir in besonderer Weise darauf achten, eine kulturalisierende Betrachtung durch die Zuschreibung vermeintlich länderspezifischer Eigenschaften zu vermeiden. Es geht nicht darum vorhandene Unterschiede nicht wahrzunehmen, sondern es geht darum, sie nicht vorschnell der ganzen Gruppen oder dem ganzen Land zuzuschreiben – und es geht darum, sowohl innerhalb der deutschen als auch innerhalb der ausländischen Gruppe die vorhandene und ggf. auch die darüber hinaus mögliche, aber (noch) nicht realisierte Vielfalt in den Blick zu nehmen.

Und dann gilt es, nicht staunend vor der Vielfalt stehen zu bleiben – frei nach dem Motto „Alles so schön bunt hier!“, sondern gestaltend und angemessen damit umzugehen. Hier tut sich gleich das nächste Problem auf? Wann spielt die Herkunft, die ethnische Zugehörigkeit, die Nationalität, die kulturelle Prägung oder die Hautfarbe eine Rolle?

Die aus meiner Sicht treffendste aller Antworten lässt uns trotzdem mit weiteren Fragen zurück, sie kann aber dennoch weiterhelfen: Ein Gedichtanfang der afroamerikanischen Dichterin Pat Parker lautet: „Für die Weiße, die wissen möchte, wie sie meine Freundin sein kann: Erstens: Vergiss, dass ich schwarz bin. Zweitens: Vergiss nie, dass ich schwarz bin.“

Die Einbeziehung junger Menschen mit Migrationshintergrund wurde etwa in der jugendpolitischen Initiative JiVE von IJAB und andern Partnern gezielt angegangen, gemeinsam mit der Einbeziehung anderer unterrepräsentierter Gruppen in der Internationalen Jugendarbeit. In der französischen Diskussion entfällt diese Unterscheidung von mit und ohne Migrationshintergrund fast völlig, aber natürlich nicht die dahinter stehenden Phänomene. Die französischen „Anderen“ werden aber beispielsweise nicht in erster Linie als Migranten oder Maghrebener annonciert, sondern beispielsweise als Bewohner\_innen der Banlieue oder sozial Benachteiligte. Immerhin wird hier also der soziale Faktor auch sprachlich berücksichtigt, wenn auch nicht immer wertschätzend – und natürlich auch nicht in dieser Schwarz-Weiß-Gegenüberstellung, in der es hier vereinfacht dargestellt ist. In der niederländischen und flämischen Diskussion ist etwa von Allochthonen und Autochthonen die Rede – in der gesellschaftlich-politischen Diskussion häufig verbunden mit pauschalen Zuschreibungen, ähnlich wie in Deutschland. Schon diese begrifflichen Unterschiede machen deutlich, dass dahinter auch verschiedene Konzepte und Wahrnehmungen stehen, auch verschiedene Konzepte von political correctness und unterschiedliche sprachliche Sensibilitäten. Insbesondere bei der – manchmal notwendigen – Skandalisierung oder zumindest Bearbeitung von Konflikten im Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus sollten wir uns dieser unterschiedlichen Konzepte bewusst sein – oder zumindest der Möglichkeit ihrer Existenz, denn sie spielen eine Rolle. Für mich ist eine wichtige Schlussfolgerung daraus, eher über die Dinge selbst zu reden als über Begriffe.